

ZIVILGESELLSCHAFT

Auserwählt und verachtet

Keine Demokratie kommt ohne sie aus: Eine Verteidigung der Eliten.

VON Wolfgang Huber | 13. Oktober 2011 - 08:00 Uhr

In Deutschland wird wieder nach Orientierung gerufen. Manche scheuen sogar vor dem Wort »Führung« nicht zurück. Doch wenn eine demokratische Gesellschaft ihren Bedarf an klaren Perspektiven befriedigen will, braucht sie dazu Eliten, die den Mut haben, schwierige Themen anzusprechen, neue Gedanken zu entwickeln und ihre öffentlichen Debatten so zu führen, dass möglichst viele daran teilnehmen können. Dass in Deutschland solche Debatten fehlen, liegt auch daran, dass es um die Eliten schlecht bestellt ist.

Eliten werden bei uns verachtet. Dabei brauchen wir sie mehr denn je.

Wer Eliten fordert, verletzt einen deutschen Mythos. Dieser besagt zum einen, dass es sie nur unter vor- oder auferdemokratischen Verhältnissen geben könne: Zur Elite – wörtlich: zum Kreis der Auserwählten – gehört, wer darauf kraft seiner Abstammung, seiner Bildung oder seines Besitzes einen Anspruch hat. Und er besagt zum andern, dass die Eliten in Nazideutschland so gründlich versagt haben, dass mit ihnen kein Staat mehr zu machen sei.



© Uwe Zucchi/dpa

WOLFGANG HUBER

war Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und EKD-Ratsvorsitzender. 2010 wurde Huber zum zweiten Mal in den Deutschen Ethikrat berufen.

An beiden Punkten ist etwas dran. Denn ständische Elitevorstellungen haben sich in Deutschland bis ins 20. Jahrhundert hinein erhalten. Und Angehörige der politischen und wirtschaftlichen, aber auch der wissenschaftlichen und publizistischen sowie der kirchlichen und künstlerischen Führungsschichten applaudierten der Machtübergabe an Hitler und rechtfertigten die Menschenverachtung durch das NS-Regime.

Doch das »andere Deutschland« wäre ohne die Menschen, die eine herausgehobene gesellschaftliche Verantwortung verspürten, überhaupt nicht zustande gekommen. Der Mut zu unabhängigem Denken war entscheidend für den passiven wie für den aktiven Widerstand. Eine pauschale Verachtung von Eliten trifft auch sie. Deshalb ist es abwegig, noch heute auf entsprechende Anforderungen an Menschen in herausgehobenen Verantwortungspositionen zu verzichten.

Keine Demokratie kommt ohne Eliten aus. Sie braucht Menschen, die in ihrem jeweiligen Bereich Beindruckendes leisten und andere dazu anspornen. Sie braucht Funktionsträger, die über den eigenen Bereich hinausblicken. Mutbürger, die nicht nur an sich selber denken, sondern auch an andere. Menschen, die im Gewirr der Stimmen für etwas Durchdachtes und Klares, für Kontinuität und Unabhängigkeit einstehen, können allen anderen Orientierung geben.

Die Demokratie braucht Verantwortungseliten. Wer zu ihnen gehört, ist im eigenen Aufgabenbereich kompetent, fragt aber zugleich, was er zum Zusammenhalt der Gesellschaft und zu ihrer Zukunft beitragen kann. Doch in Deutschland spricht man allenfalls noch von »Funktionseleiten«, also von Personengruppen, denen kraft ihrer Funktion eine gewisse Zuständigkeit oder eine Machtposition übertragen ist. Jeder soll im eigenen Bereich gut »funktionieren«. Eine Verantwortung, die darüber hinausgeht, ist nicht erwünscht. Vorbildliches Verhalten zu erwarten gilt als altmodisch. Sich am Gemeinwohl zu orientieren ist out.

Politiker, Manager und andere Funktionsträger tragen selber dazu bei, dass sie in der Vertrauensskala der Bevölkerung die Schlusslichter bilden. In wachsendem Maß laufen »Wutbürger« gegen die Funktionäre Sturm, protestieren gegen Infrastrukturprojekte oder verlangen den Ausstieg aus der Atomenergie, das Ende der Kohleverstromung und den Verzicht auf Windräder gleichzeitig. Doch viele dieser Proteste sind genauso kurzsichtig wie die Entscheider, gegen die sie sich richten. Das eigene Interesse stellt weiterreichende Überlegungen in den Schatten – bei vielen Wutbürgern genauso wie bei den Adressaten ihres Zorns.

Doch während sich Funktionsträger aus der Wirtschafts- und Finanzwelt aus den Debatten heraushalten und sich abschotten können, müssen sich Politiker den Diskussionen stellen – sie sind auf Mehrheiten angewiesen. Dabei lassen sie sich manchmal zu populistischem Aktionismus verführen. Ein Beispiel: 2010 wurde die Laufzeit der Kernkraftwerke in Deutschland verlängert. Nach der Katastrophe in Fukushima wurde diese Entscheidung wieder zurückgenommen. Das überraschend späte Datum dafür, wann der letzte Atommeiler abgeschaltet wird, ließ man sich von einer Ethikkommission bestätigen.

Weder mit Abschotten noch mit kurzzeitigem Populismus dürfen wir uns jedoch abfinden.

Wenn es anders werden soll, müssen mehr Menschen aus der Deckung kommen und sich der Verantwortung stellen. Wer das tut, gehört zur Elite. In der Demokratie darf die Zugehörigkeit zu ihr nicht an Titeln, Berufsbezeichnungen, Besitztümern oder Bildungsabschlüssen hängen. Es darf für sie keine anderen Kriterien als Leistung und Verantwortung geben. Leistungsträger, die sich der Verantwortung entziehen, zerstören Vertrauen. Eine Gesellschaft aber, die Leistung und Verantwortung nicht anerkennt, zerstört sich selbst.

Die gängige Elitenverachtung ist kein Ausweis demokratischer Reife. Was jemand gilt, entscheidet sich heute oft nicht an Leistung und Verantwortung, sondern an Einfluss, Besitz oder Popularität. Wichtigkeit wird nicht daran gemessen, was jemand gibt, sondern was er einnimmt. Üppig verdienende Fußballspieler und Showstars werden mehr geachtet als Politiker und Intellektuelle. Deshalb passen sich manche Personen des öffentlichen Lebens ans Showbusiness an. Ihre Themen werden auswechselbar und ihre Botschaften beliebig. Einzelne stolpern über einen unredlich erworbenen Dokortitel. Man fragt sich nur: Warum ließen Professoren es dahin kommen?

Die Herausforderungen für eine Verantwortungselite liegen auf der Hand. Die Fukushima-Krise hat uns die Chance zu einer nachhaltigen Umgestaltung von Energieproduktion und Energiekonsum eröffnet; die Griechenlandkrise verlangt nach tragfähigen Strukturen Europas; die Integrationsdebatte erfordert eine Verständigung über das Zukunftsbild der deutschen Gesellschaft.

Immer wieder ist vom christlichen Menschenbild die Rede – allzu häufig ziemlich unbestimmt. Was auch immer sich Einzelne darunter vorstellen – zu seinem Kernbestand gehört verantwortete Freiheit. Freiheit bedeutet nicht, von der Verantwortung befreit zu sein, sondern zu ihr. Eine freiheitliche Ordnung bietet vielgestaltigen Verantwortungseliten Raum. Sie sind frei darin, sich zu vernetzen und unkonventionelle Verbindungen einzugehen. Ansätze dazu gibt es. Einrichtungen zur Begabtenförderung, Akademien, kirchliche Verbände und Kommunitäten, zivilgesellschaftliche Vereinigungen fördern und suchen neue Eliten.

Auch für Verantwortungseliten gilt der Grundsatz der Inklusion. Jeder soll sich an verantwortlichem Handeln in der Gesellschaft beteiligen dürfen – Hauptsache, es geschieht ohne Dünkel und falsche Bescheidenheit. Inklusion bedeutet, dass Frauen und Männer, aber ebenso Minderheiten wie Migranten den gleichen Zugang zu solchen Verantwortungseliten haben. Wer seinen elitären Status durch sexistisches Gehabe oder sexuelle Machtansprüche oder durch fremdenfeindliche Behauptungen beweisen will, schließt sich selbst aus. Wer die Rückkehr zu alten Beschlüssen als einen revolutionären Neuanfang ausgibt, muss damit rechnen, durchschaut zu werden. Ebenso der, der über wirtschaftliche Macht verfügt und deshalb meint, auf politische Mehrheiten nicht angewiesen zu sein.

Heute kann mit »Elite« nicht mehr allein ein Anspruch auf Macht gemeint sein, heute muss sich damit eine Verpflichtung auf Werte verbinden.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2011/42/P-Elite>